

Sozialpolitisches Manifest 2

Soziale Grundsicherung

Eine soziale Grundsicherung ist notwendig. Sie ermöglichte Entscheidungen, die Selbstbild und Lebenswelt beeinflussen, sie verbessert die Chancen, sich selbst in gesellschaftlichen Prozessen zu vertreten (also Demokratie) sie berichtigt falsch eingestellte Verteilungsinstrumente.

Grundsicherung ist derzeit nicht als Ersatz anderer Sozialleistungen anzusehen, sondern als deren Ergänzung. Gegen Sozialabbau und Aushöhlung des Systems sozialer Sicherheit ist, insbesondere durch Ablehnung des Arbeitszwangs in jeder Form, entschieden einzutreten. In diesem Sinne fordert das Sozialpolitische Forum 1994

- den Stop des Abbaus tariflicher Standards
- die Abschaffung des Lohnabstandsgebots;
- die Erhöhung des Regelsatzes
- den Abbau miserabler Beschäftigungsverhältnisse;
- die soziale Grundsicherung als eine am Bedarf orientierte finanzielle Sicherung für alle, wobei insbesondere der Aspekt der Gleichstellung von Frauen nicht vernachlässigt werden darf;
- die Verbindung der sozialen Grundsicherung mit einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit, mit entsprechender Umverteilung der Arbeit, wie einer aktiven, aus Steuern finanzierten Arbeitsmarktpolitik für ökologische und sozialverträgliche Arbeitsplätze. Ebenso sollen alle gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Arbeiten (etwa die Hausarbeit, die Arbeit an der Familie) aufgewertet werden. Die Erfüllung dieser Forderungen sollen der Weiterentwicklung von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und demokratischer Mitbestimmung dienen.

Die hier vorgestellten Positionen schließen die Ablehnung des Bürgergeldmodells der FDP und des CDA-Modells mit ein.

Um Soziale Grundsicherung zu erreichen und soziale Sicherheit zu erhalten erscheinen uns die folgenden Verhaltensweisen als notwendig:

- die Festigung der Solidarität zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen;
- die Gegenwehr gegen den ebenso permanenten wie ideologisch durchsichtigen Faulenzervorwurf;
- die Schaffung eines umfassenden außerparlamentarischen Bündnisses zwischen Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien;
- die Bildung von Netzwerken, vor allem zwischen Gruppen, die sich mit Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit beschäftigen;
- Aktionen gegen den Sozialabbau in jeder Kommune;
- die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten für gesetzliche Regelungen, die das Sozialsystem in die Richtung einer Sozialen Grundsicherung weiterentwickeln.

Hierzu ist ein Forum für konzertierte Aktionen und Kampagnen zu schaffen, mag dies nun das "Sozialpolitische Forum", die "Nationale Armutskonferenz" oder ein anderes, vergleichbar übergreifendes Forum sein.

Übergangsregelungen sind viele denkbar. So leiden heute schon die Kommunen unter dem Würgegriff jener vom Bund zu verantwortenden Politik, die ihnen die Kosten zur notdürftigen Bedarfsbefriedigung aufgehalst hat. Zur Entlastung der Kommunen ist der Bund für die zusätzlichen Kosten, die aus der Verbesserung der Lage der Verarmten resultieren, heranzuziehen.

Subsidiäre Ökonomie

Wichtig ist es auch, für Angebote und Nachfragen jener Dienstleistungen, für welche bislang weder ein Markt vorhanden ist, noch eine Berücksichtigung durch den Markt feststellbar war, Öffentlichkeit zu schaffen.

Hierzu kann es zählen, lokale Tauschsysteme aufzubauen, um eigene örtliche Tauschsysteme zu schaffen. Als Fernziel könnten auch daraus gemeinsame selbstorganisierte Arbeitsplätze entstehen. Als jederzeit möglicher Beginn könnten sich lokale Tauschringe entwickeln, die von den Talenten und den Bedürfnissen der Teilnehmenden ausgehen, die im Laufe der Zeit sich Kooperationspartner, eventuell auch wissenschaftliche Begleitung, suchen.

Dabei enthält ein solcher Aufbau auch reichhaltige Ansätze zur Aktivierung der Experten und Expertinnen in eigener Sache; der Betroffenen, wie auch der Herauentwicklung oftmals verschütteter Kreativität. Die bei lokalen Tauschsystemen gemachten Erfahrungen könnten als Theaterstück umgesetzt werden, auch als Talent-Spiel, das in Altenheimen, Erwerbsloseninitiativen, später auf Stadtteilstesten sich ausbreitet, um nur wenige Möglichkeiten zu nennen. Der eigentliche Inhalt bestünde hier darin, daß Begegnung stattfindet. Symbolische Aspekte können ein sinnvolles Vehikel für soziokulturelle Initiativen darstellen, wie das Kamel für die blaue Karawane 1994, einen Ansporn für die Vernetzung soziokultureller Initiativen ehemals Psychiatrisierter. In beiden Fällen (um hier nur diese zu nennen) stärkt die kreative Tätigkeit das Selbstbewußtsein jener, welchen die sozioökonomische Lage diese eher herunterzuräumen bestrebt ist.

Gerade im Kontext der hier zentralen Diskussion Sozialer Grundsicherung ist es notwendig, ausdrücklich zu erwähnen, daß es sich hierbei nur um ergänzende Maßnahmen handeln kann, die nicht imstande sind, die bestehenden und angestrebten öffentlichen sozioökonomischen Infrastrukturen zu ersetzen.

Nichts Neues zu Wohnungsnot.

Wie schon vor zwei Jahren, zählt die Wohnungsnot nach wie vor zu den herausragenden Erscheinungen sozialpolitischer Misere. Zu den Zuständen, die das Risiko von Aussonderung drastisch erhöhen, gehört neben Armut, Krankheit und Erwerbslosigkeit nach wie vor die Wohnungslosigkeit.

Die Wohnungslosigkeit ist der Flaschenhals der Aussonderung. Es gibt keinen Grund, einem Menschen das Recht auf Wohnen zu nehmen. Zu jenen periodischen Erfahrungen der vergangenen beiden Jahrhunderte, die in den letzten fünf Jahren reaktualisiert wurden, gehört: Wer die Wohnungsversorgung marktwirtschaftlich regeln will, nimmt dauerhafte Wohnungslosigkeit von vielen in Kauf.

Neben den bereits im Sozialpolitischen Manifest 1 geforderten Säulen der Beseitigung der Wohnungsnot, dem kommunalen Wohnungsbau, den einkommens- und flächenbezogenen Mietverträgen und der Vergabe nach Kriterien sozialer Dringlichkeit treten wir für die volle Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes (bis hin zu Zwangsbelegungen) ebenso ein, wie für die Entbürokratisierung aller sozialen Dienste. Darüber hinaus wiederholen wir, daß wir die Aufnahme von Einzelpersonen in sogenannte "Dringlichkeitslisten" für erforderlich halten. Ebenso bedarf die Situation von Wohnungsnot betroffener Frauen einer gesonderten Sicht, wie der dafür zu erstellenden Analysen.

Kommunale Sozialpolitische Foren

Zur Schaffung örtlicher demokratischer Beteiligung ebenso, wie zur Stärkung lokaler Institutionen schlagen wir die Einrichtung kommunaler Sozialpolitischer Foren vor. Das kommunale Sozialpolitische Forum hätte unter anderem die folgenden Aufgaben, wobei ihm weitere zuwachsen könnten:

- Benennung spezifischer lokaler und regionaler Brennpunkte;
- Schaffung lokalen Wissens über Vergabegrenzen, Sozialwahlen, besondere Ausgrenzungsformen, bis hin zu Erreichung einer Rechenschaftspflicht;
- Diskussion und Abfassung von in zweijährigem Abstand erfolgenden Sozialberichten über Armut, Obdachlosigkeit, Pflegestrukturen, Kindergärten etc.;
- Vorschlags- und Mitspracherecht;
- Mitwirkung bei der langfristigen Sozialplanung;
- Mitentscheidung über die Mittelvergabe staatlicher Instrumente.

Bildung ist ein Grundrecht

Die Absolutsetzung jener modischen These von der Individualisierung der Lebensstile, die einem emanzipatorischen Wertewandel zu verdanken sei, ignoriert die sich ausbreitende tatsächliche materielle Armut, deren Überwindung die Grundbedingung für den bewussten Umgang mit ökologischen und sozialen Ressourcen ist.

Darüber hinaus besteht eine immaterielle Ebene von Armut, die aus einem Konglomerat von Kontaktproblemen, Isolation, Hilflosigkeit, Ausgeliefert-Sein und Machtlosigkeit vor den vorgeblichen oder tatsächlichen "Sachzwängen", die denn alles zerstören, besitzt. Hier anzusetzen, darin besteht eine der wesentlichen aufgaben von Bildung. Dabei verstehen wir unter Bildung die aktive Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ebenso wie die Entfaltung der individuellen, wie der gesellschaftlichen Zukunft. Entsprechend zählt zum Charakter der Bildung durch Aktivierung der an ihr beteiligten Personen und die Förderung sozialer Kompetenzen.

Die Bildung, in den Sechziger- und Siebzigerjahren noch für hitzige Diskussionen sorgend, ist aus dem Blickpunkt des Interesses zeitgenössischer Öffentlichkeit geraten. Dies ist zu ändern, die Diskussion jenseits wohlfeiler Rekurse auf angebliche Mängel an konservativen Werten wiederaufzugreifen. Nach wie vor halten wir die Erfahrung und das Wissen aus der Perspektive unterschiedlicher Lebenswelten für ebenso grundlegend für Bildungsprozesse, Wie Mitbestimmung, Selbstorganisation und die Überwindung der Starrheit organisatorischer Strukturen: Aus all diesem können sich neue Lösungswege ergeben - Innovationen und menschengerechte Ordnung Position beziehen:

Eine sozialpolitisch angemessene Bildungsinnovation erfordert deswegen insbesondere:

- die Installation eines Grundrechtes auf Bildung;
- die Weiterarbeit an einer an sozialen Innovationen orientierten Neubestimmung des Bildungsbegriffs;
- den radikalen Umbau des bestehenden hierarchischen und zertifikatsorientierten Bildungssystems zugunsten von Selbstorganisation und thematisch interessiertem Neugieverhalten;
- die Abschaffung der Schulpflicht zugunsten einer Vielfalt von Bildungsangeboten;
- entsprechend die Schaffung und Förderung einer Infrastruktur für soziale

Lernprozesse, wie Lernbörsen, Zentren, Bildungsnetzwerke, bis hin zu Möglichkeiten der Weiterqualifikation von Bürgerinitiativen;

- die Neukonzeption von pädagogischen Berufsbildern, in deren Zentrum die Initiierung und Begleitung sozialer Lern- und Forschungsprozesse stünde;
- die grundsätzliche Offenheit der genannten Vielfalt von Bildungsangeboten, welche eine Installierung von Sondereinrichtungen (etwa für Behinderte) ausschließt
- die Wiederaufnahme der Diskussion um die Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung, um deren mögliche Rolle gegen die Unvernunft der "Sachzwänge", einschließlich der Förderung des Wissenstransfers;
- den Focus auf jene Grundrechte von Kindern und Jugendlichen, der allzulang vernachlässigt worden ist;
- die allmähliche Ablösung der Kommerzialisierung der Freizeit durch lebendigen Zeitgebrauch;
- neue Wertordnungen, die nicht eingepaukt werden können, (sonst wären sie nicht sozialpolitisch angemessener als die alten), sondern prozeßual erfahren und reflektiert: Wahrnehmungsfähigkeit, Überschaubarkeit, Muße zur Erfahrung und Weiterentwicklung von Gegenständen, Selbstorganisation und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Öffentlichkeit, aktive Beteiligung an gemeinschaftlichen Interessen - mitbestimmend, sozial anerkannt, und finanziell ausgeglichen.

Diese sozialpolitisch angemessene Bildungsinnovation weist mehr Querverbindungen zur Grundsicherung auf, als auf den ersten Blick erkennbar sein wird. In Zeiten forciertes gesellschaftlicher Spaltung steigt die Bedeutung von Jugendarbeit. In Zeiten, in denen auf dem ersten Arbeitsmarkt rapide Verknappung stattfindet, wird schulisch eingeübter Lohnarbeitsethos funktionslos. Grundsicherung ist für Kinder und Jugendliche ähnlich wichtig wie Grundrechte. Projekte und Projektmitglieder, die an Infrastrukturen für Bildungsinnovationen teilnehmen, müssen auch dann ökonomisch abgesichert sein, wenn die kostenneutrale Umverteilung von Bildungskosten gefährdet wäre.

Weiterqualifizierung, Selbsthilfe und Eigentätigkeit zählen zu den zentralen Momenten, die durch soziale Grundsicherung besser erreicht werden könnten. Zum anderen wäre eine innovative Bildungsstruktur eine wertvolle Unterstützung im Streben nach sozialer Grundsicherung. Sie kann dabei mitwirken, die gesellschaftlichen Kräfte hierfür zu erschließen, den Meinungsbildungsprozess zu moderieren, Entscheidungskompetenzen gegenüber dem, was manche Theoretiker als "neue Unübersichtlichkeit" bezeichnen, einzuüben.

München, 5. Dezember 1994 Redaktion: Rolf Schwendter